Energiegenossenschaften

Weniger Investitionen in Erneuerbare

[10.07.2014] Laut einer Umfrage unter Energiegenossenschaften führt die derzeitige Energiepolitik zu einem Investitionsrückgang bei erneuerbaren Energien. Ein Grund ist die Belastung der Eigenstromerzeugung mit der Ökostromumlage.

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat zu einer erheblichen Verunsicherung bei den Energiegenossenschaften geführt. Fast jede dritte wird in diesem Jahr keine Investitionen vornehmen. Im Jahr 2013 waren lediglich acht Prozent ohne Investitionsplan. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV), die am Montag (7. Juli 2014) in Berlin vorgestellt wurde. Demnach haben Energiegenossenschaften bislang rund 1,35 Milliarden Euro in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert. Allein in diesem Jahr werden nach Schätzungen des DGRV rund 300 Millionen Euro an Investitionen zurückgehalten. Die Energiegenossenschaften kritisieren vor allem die volle EEG-Belastung von selbst produziertem Ökostrom, der an Mitglieder oder Abnehmer vor Ort verkauft wird. Bei den geplanten Ausschreibungen würden Energiegenossenschaften kaum zum Zuge kommen. Eckhard Ott, Vorsitzender des DGRV-Vorstands: „Das neue EEG droht die Energiewende auszubremsen und dabei vor allem die kleinen Marktakteure wie Energiegenossenschaften zu treffen. Obwohl im Koalitionsvertrag mehr Bürgerbeteiligung versprochen wurde, wird die Aktivität von Energiegenossenschaften nun deutlich eingeschränkt.“ In der diesjährigen Umfrage wurde zudem die Zusammenarbeit von Genossenschaften mit den Kommunen untersucht. Das Ergebnis ist eindeutig: „Kommunen sind für die Energiegenossenschaften ein sehr wichtiger Partner“, erklärt Ott. „Sie stellen Dachflächen und Gebäude zur Verfügung, engagieren sich als Mitglied oder sind in den Leitungsgremien der Genossenschaft aktiv.“ Bei jeder zweiten Genossenschaft habe die Kommune bei der Gründung mitgewirkt.

(ma)

Zu den Ergebnissen der DGRV-Jahresumfrage (PDF, 492 KB)

Stichwörter: Politik, Bürgerbeteiligung, DGRV, Unternehmen